

„Relocation from below!“

... als weitere Säule der Solidarity Cities

... und wie weiter von der Bereitschaftserklärung zur praktischen Umsetzung?

(aktualisierte, überarbeitete Version im Januar 2019)

Das Konzept der Solidarity Cities ist von Beginn an transnational angelegt bzw. transnational inspiriert. In der Praxis stehen bislang Kampagnen gegen Abschiebungen und für BürgerInnenAsyl, der Zugang zu sozialen Dienstleistungen sowie Aktivitäten rund um Wohnraum und prekäre Beschäftigung im Vordergrund, letzteres nicht zuletzt als bewusste Verbindungslinien zu anderen sozialen Kämpfen. Diese inhaltlich-praktischen Säulen bleiben von zentraler Bedeutung, doch besteht eine weitere Herausforderung, in der sich das Netzwerk der Solidarischen Städte so stark wie möglich einbringen sollte: nämlich Druck zu machen für die direkte Auf- oder Übernahme (Relocation) von Schutzsuchenden aus dem Mittelmeerraum in hiesige Städte.

Der italienische Innenminister Salvini hatte kurz nach seiner Amtseinführung im Juni 2018 begonnen, die Häfen in Sizilien für die Seenotrettung zu schließen. Er tut es für seine eigene rechtspopulistische Propaganda, aber nicht ohne Rückendeckung der Achse der Schande, die sich von den Regierenden in Rom über Wien bis Berlin zieht. Auch die Blockierung und Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung durch die Regierungen in Italien und Malta wären ohne die Zustimmung von Seehofer und Co so nicht denkbar. Mit dieser neuen Dimension des Rollback, des Sterbenlassens auf See und der verschärften Kriminalisierung der Seenotrettung, sollten und werden wir uns nicht abfinden. Nicht auf See und nicht in den Städten.

Aktuelle Situation an den Außengrenzen

Geflüchtete und MigrantInnen werden absehbar weiter versuchen, sich von Libyen und Tunesien, von Marokko und Algerien sowie von der Türkei aus nach Europa durchzuschlagen. Zwar waren es 2018 wesentlich weniger Menschen als in den Jahren 2014 bis 2017, die an den europäischen Küsten angekommen sind. Doch das Mittelmeer bleibt ein umkämpfter Raum, in dem die Bedeutung der Routen wechselt und sich jederzeit neue Dynamiken entwickeln können. Während die Zahlen in Italien mit ca. 23.000 Überquerungen oder Rettungen auf einen Tiefstand gefallen sind, haben sich die Anlandungen von Marokko nach Spanien im Vergleich zu 2017 auf fast 60.000 verdoppelt. Und im westlichen Mittelmeer sind die Ankünfte in den ersten drei Wochen des neuen Jahres mit über 3500 Menschen erneut gestiegen (siehe <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean>).

Bereits Ende Mai 2018 gab es ein transnationales Treffen in Palermo, gemeinsam eingeladen vom dortigen Bürgermeister und dem WatchTheMed Alarm Phone, um über die Frage von sicheren, offenen Häfen sowie über Möglichkeiten der sicheren Weiterreise innerhalb der EU zu diskutieren. In einer gemeinsamen Erklärung wurde zu „Korridoren der Solidarität“ aufgerufen (siehe: https://alarmphone.org/en/2018/06/17/toward-a-coalition-of-solidarity-for-the-right-to-mobility-and-equal-rights-for-all/?post_type=release_type=post) und es wurde weiter intensiv an der Vernetzung zwischen Aktiven der sozialen Bewegungen, den NGOs und progressiven Stadtverwaltungen gearbeitet.

United4Med

Die Seenotrettungsorganisationen Sea Watch, Proactiva Open Arms sowie Mediterranea - ein im Sommer 2018 in Italien neu gegründetes Projekt - haben im November 2018 mit United4Med ein neues Bündnis mit einem beeindruckenden Manifest gestartet. Darin heißt es: „Deshalb haben wir ein Bündnis für ein `Europa in Solidarität` geschlossen, sowohl auf See als auch an Land und in der Luft. Eine humanitäre Flotte, bestehend aus Mediterranea, Open Arms und Sea-Watch, aber offen für andere Organisationen, sticht zusammen in See; eine Flotte, die eng mit einem Netzwerk humanitärer Städte, Bewegungen und zivilen Organisationen auf der ganzen Welt verbunden ist und von diesen unterstützt wird, um die elementarsten Menschenrechte zu verteidigen: Leben und Würde. Wir werden beweisen, dass die aktive Zivilgesellschaft nicht nur bereit ist, Leben auf See zu retten, sondern auch in der Lage ist, ein neues Europa und ein gerechtes Aufnahmesystem an Land zu schaffen. Wir rufen europäische Städte, Bürgermeister*innen, Bürger*innen, Vereine, Bewegungen, Organisationen und alle, die an unsere Mission glauben, zum Handeln auf. Schließt Euch unserem zivilen Bündnis an und lasst uns gemeinsam aufstehen und mutig eine Zukunft voller Respekt und Gleichberechtigung einfordern. Wir werden gemeinsam für das Recht zu kommen und für das Recht zu bleiben eintreten...“

In der Jahreswende von 2018 auf 2019 kam es zu einer neuen Zuspitzung, als Sea Watch und Sea Eye mit insgesamt 49 Geretteten an Bord bis zu 20 Tagen die Einfahrt in einen sicheren Hafen verweigert wurde. Der Einsatz und die Bereitschaft insbesondere der Bürgermeister von Palermo und Neapel, die angeboten hatten, die Geretteten mit stadteigenen Booten abzuholen und aufzunehmen, markierte eine neue Ebene zivilgesellschaftlichen Ungehorsams - „from the Sea to the Cities“ - gegen die nationale und supranationale Abschottungspolitik.

Seebrücken

Seebrücken hat sich seit dem Juli 2018 zu einem neuen Netzwerk mit 70 lokalen Initiativen entwickelt. Die Gruppen sind zum Teil sehr heterogen und auch überwiegend „weiß“ zusammengesetzt, in den gemeinsamen Aufrufen gibt es eine klare Positionierung: "Wir fordern sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme von Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Niemand flieht ohne Grund. Schafft solidarische Städte, die eine menschenwürdige Versorgung sowie das Recht auf Teilhabe, Bildung und Arbeit leisten. Schafft sichere Häfen: Build Bridges not Walls!" Siehe: <https://seebruecke.org/european-protests-build-bridges-not-walls/>

We`ll Come United und der Herbst der Solidarität

„Über 30.000 Menschen haben sich am 29. September 2018 an der We`ll Come United-Parade beteiligt. Niemals zuvor gab es in Deutschland eine so große anti-rassistische Demonstration in dieser gemischten Zusammensetzung, mit selbstorganisierten Geflüchteten und MigrantInnen als den zentralen Stimmen, und mit diesen klaren Forderungen nach Bewegungsfreiheit, gegen alle Abschiebungen und für gleiche Rechte für Alle. Hunderte von Veranstaltungen und Besuchen in Refugee-Camps, das Ausschwärmen („Swarming“) schon beteiligter Gruppen, um neue MitstreiterInnen zu gewinnen, die Konferenz der „großen Koalition des Antirassismus“ im Mai in Göttingen, dann im Juli das We`ll Come United Sommercamp in Brandenburg: all diese Aktivitäten haben den Grundstein für das großartige „Signal von Hamburg“ gelegt. Dass die Parade so groß und stark wurde, hat mit der gesamten Empörungstimmung zu tun, die sich im Sommer weiter verbreitet hat. Die Proteste von Seebrücken blieben vielfältig und groß, in den „Wir sind mehr“- und „ausgehetzt“-Demonstrationen von Chemnitz bis Rostock nach München stellen sich Zehntausende gegen die rechte Hetz- und Pogrom-Stimmung. Zudem gibt es anhaltende Großdemos gegen neue Polizeigesetze und gegen den Mietenwahnsinn. Und nicht zuletzt den großartigen Erfolg im Hambacher Forst, der ohne die Hartnäckigkeit der ungehorsamen WaldbesetzerInnen nicht möglich gewesen wäre. Diese Stimmungen gipfelten am 13. Oktober in den sagenhaften 240.000 TeilnehmerInnen bei der Unteilbar-Demonstration in Berlin! „Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“ lautete der wohlklingende Titel, und es ist und bleibt umso bedauerlicher, dass aus dem Aufrufentwurf „das Recht zu kommen und zu bleiben“ gestrichen wurde. Seebrücken und We`ll Come United waren am 13.10. dennoch im gemeinsamen Block genau für diese Forderungen aktiv, und nun besteht die große Herausforderung, die ganzen hoffnungsvollen Großmobilisierungen in einen „alltäglichen Aufstand der Solidarität“ zu übersetzen. Denn die Situation erscheint paradox: die antirassistische Protestbewegung ist zwar stärker denn je, doch die Verschärfungen der letzten Jahre wirken ungebrems. Die Abschiebemaschinerie läuft entsetzlich rund. Da Veränderungen auf der politischen Ebene zunächst nicht zu erwarten sind, stellt sich die Frage der alltäglichen, faktischen Blockierung des Roll Back. Wie also die Rechte zu kommen und zu bleiben wieder aneignen, die absehbar nicht gewährt werden? Wie kann die Seenotrettung wieder gestärkt werden und wie lassen sich offene Häfen insbesondere in Italien oder Malta erkämpfen? Wie können wir es schaffen, dass in vielen Städten in Deutschland

und Europa gemeinsam und gleichzeitig weiter Druck gemacht wird, dass Geflüchtete und Gerettete aus Südeuropa auch tatsächlich direkt aufgenommen werden? Wie können wir Konzepte für ein „Relocation from below“ entwickeln, die die Bedürfnisse der Betroffenen in den Mittelpunkt stellen? Und gleichzeitig ganz praktisch die "Underground Railroad der Migration“, also die Fluchthilfestrukturen nach und quer durch Europa, ausbauen? Wie können wir gegen den immer aggressiver und effektiver laufenden (Charter)Abschiebeterror intervenieren? Wie können Solidarity Cities und BürgerInnenasyl politisch-symbolisch wie auch praktisch in eine neue Offensive kommen? Der September und Oktober der Solidarität hat in den Mobilisierungen auf den Strassen bestens gefunkt. Jetzt kommt es darauf an, diesen Schwung in konkrete lokale Praktiken des zivilen Ungehorsams gegen das herrschende Grenzregime mitzunehmen. No border lasts forever!“ (aus dem Kompass AntiRa Newsletter, siehe https://www.antira-kompass.info/sites/default/files/2018-10/73Kompass_Newsletter_OktNov18.pdf)

Wie weiter in 2019?

Seebrücke bleibt auch für 2019 ein perfekter Slogan, weil er über die Rettung hinaus die Forderung für die Aufnahme in Städte quer durch Europa in sich trägt. Und es wird nun darauf ankommen, weiter Druck zu machen mit kontinuierlichen dezentralen Initiativen und Aktionen. Dazu wäre es wichtig, ein gemeinsames Konzept – von Solidarity City über Städte der Zuflucht bis Seebrücken – oder zumindest aufeinander aufbauende Argumentationslinien zu entwickeln, um die jeweiligen Entscheidungsträger in Richtung praktischer Umsetzung zu drängen.

Die Bundesländer und die Städte mit ihren BürgermeisterInnen und Stadtverwaltungen haben sich ganz unterschiedlich zur Aufnahme geäußert, sie haben auch verschiedene Kompetenzen. Ob und wie ernst die jeweiligen Bereitschaftserklärungen zu nehmen sind, sollte nun möglichst konkret hinterfragt werden, wenn es nicht bei rhetorischer Symbolik bleiben soll. Und die neuere Geschichte zeigt, dass sich auch das BMI Dynamiken nicht verschließen kann, wenn sie denn stark genug sind.

Gleichzeitig braucht es konkrete Vorschläge, die sich auf Relocation-Erfahrungen der letzten Jahre beziehen können. In der öffentlich-institutionellen Diskussion setzt sich Gesine Schwan seit 2016 für die Stärkung der Städte in Kombination mit einem neuen EU-Fonds für die Aufnahme von Schutzsuchenden ein. Zu ihrem Vorschlag, zu den Ansätzen der Städte der Zuflucht, zu einigen bisherigen Erfahrungen mit Aufnahmeprogrammen und Relocation, findet sich unten im Anhang eine Sammlung von Informationen, Links und Hinweisen mit Kommentaren und offenen Fragen.

„Right to Choose“ und „Build and strengthen the Underground Railroad!“

Abschließend zu der zentralen Fragen für uns (wenn wir „Relocation **from below**“ formulieren): Wo wollen die Menschen eigentlich hin? Darauf gibt es natürlich keine eindeutige Antwort. Die meisten Flüchtenden, Geflüchteten und MigrantInnen bewegen sich in den Migrationsketten ihrer Communities, ihrer Angehörigen und FreundInnen. Viele würden sicher auch was neues, anderes ausprobieren, wenn es für sie interessante Rahmenbedingungen des Willkommens gebe. Jedenfalls ist die selbstbestimmte Wahl der Betroffenen – the right to choose oder free choice – entscheidend für den gesamten Prozess, wenn wir überhaupt von einem möglichen „Relocation from below“ reden wollen.

Wir brauchen eine Auseinandersetzung über Erfahrungen mit Relocation-Programmen oder über den Gesine Schwan-Vorschlag, um uns in die öffentlichen Debatten um Aufnahme von Geflüchteten und Geretteten einzumischen und jeweils entsprechend der lokalen Bedingungen zu überlegen, wie auf BürgermeisterInnen, Stadtverordnete und andere kommunale Entscheidungsträger Druck auszuüben ist.

Doch die Umsetzung einer kommunal organisierten Flüchtlingsaufnahme unter wirklicher Einbeziehung der Interessen der Betroffenen erscheint aktuell in weiter Ferne oder gar als „Mission impossible“, auch wenn Seehofer durch den Spätsommer und Herbst der Solidarität sowie geschwächt durch die Bayernwahl zurückhaltender agieren muss.

Wir sollten also auf keinen Fall auf bessere Zeiten warten, sondern uns einerseits in den öffentlichen Diskurs einmischen und an Mobilisierungen überlegen, die auch jenseits des „juristischen Gestrüpps von §23 und Relocation“ nach Aktions- und Interventionsmöglichkeiten sucht. „From the Sea to the Cities, from Boats to Busses, from Palermo nach Berlin ...“ Ließe sich eine transnationale Mobilisierung vorstellen, in der die Geretteten der Sea Watch ihre Anlandung in Neapel oder Palermo durchsetzen können und wir sie dann weiter in einem Korridor und einer Karawane der Solidarität nach Berlin begleiten?

Entscheidend erscheint uns, damit verbunden den Auf- oder Ausbau von zivilgesellschaftlichen Fluchthilfe-, Selbstorganisierungs- und Schutzstrukturen entlang aller Routen weiter voranzutreiben. Mit der Gründung von Welcome to Europe (siehe <http://w2eu.info>) vor knapp 10 Jahren wurde die Bildung eines transnationalen Kontaktnetzes im Sinne einer Underground Railroad für Geflüchtete und MigrantInnen praktisch angeregt. Seitdem haben sich entlang vieler Fluchtrouten nachhaltige Strukturen entwickelt, die zwar durch das Roll Back des Grenzregime unter Druck stehen oder verschärft kriminalisiert werden. Doch wir sollten nicht aufhören, immer wieder und weiter Infopunkte und Hotlines einzurichten sowie informelle Herbergen und selbstbestimmte Passagen zu unterstützen. Viele Initiativen haben sich eine Hartnäckigkeit zugelegt, wie sie den Bewegungen der Migration eigen ist, die den gesamten Prozess des Kampfes um das Recht auf Bewegungsfreiheit immer wieder antreibt.

Kontakt: kmii-hanau@antira.info

Anhang:

Überblick und Unterscheidung der Aufnahmeprogramme –

Resettlement, Humanitäre Aufnahme Programme (HAP) und Relocation

Wer sich mit der Aufnahme von Flüchteten in Deutschland befasst, stößt zunächst auf Resettlement (Rst) und Humanitäre Aufnahme Programme (HAP). Die Beteiligung Deutschlands an Rst-Programmen bleibt bislang zahlenmäßig sehr überschaubar, ca. 3.000 Menschen von 2012 bis 2017, vor allem aus Syrien. Bei den HAPs sind es sehr viel mehr, denn sie haben eine längere Geschichte, von Ungarn 1956 über die bosnischen Kriegsflüchtlinge Anfang der 90er bis zu Schutzprogrammen für SyrerInnen in den letzten Jahren. In beiden Fällen geht es um Menschen, die sich außerhalb der EU befinden, die in besonderen Verfahren ausgewählt werden, mit einem Visum (§23.4 oder §23.2) einreisen und in der Regel über Friedland/Niedersachsen in Deutschland verteilt werden.

Davon zu unterscheiden sind die Relocation-Verfahren, in denen es um Schutzsuchende oder Anerkannte ging, die sich bereits in die EU (Malta, Griechenland, Italien) durchgeschlagen haben bzw. gerettet wurden.

Zum Überblick und zur Unterscheidung folgende Links, bevor es dann mit Informationen zum Relocation weitergeht, dem für die Fragestellung der Übernahme auf See geretteter Menschen wohl entscheidenden Verfahren.

<https://resettlement.de/>

<https://www.proasyl.de/hintergrund/resettlement-hap-relocation-wie-bitte-aufnahme-programme-im-ueberblick/>

Relocation 2015-2017

Hierzu gibt es einen Text von Helene Heuser (siehe angehängten Link), der die Abläufe schildert, die politisch absehbaren bis gewollten Umsetzungsprobleme oder -blockierungen interpretiert und die rechtliche Verbindlichkeit verdeutlicht.

Es muss betont werden, dass dieses Relocation Programm nur für wenige Nationalitäten galt (bei denen EU-weit eine mindestens 75%ige Anerkennungsquote bestand), was es faktisch auf syrische, eritreische und (bis 2016) irakische Geflüchtete einschränkte. Die Geflüchteten, die in Frage kamen, konnten sich aber die Zielländer nicht auswählen (kein Free Choice, sondern Zuweisung), zudem waren die Verfahren sehr bürokratisch und mit ewigen Wartezeiten verbunden, so dass viele, die über die Ressourcen und Möglichkeiten verfügten, sich schneller und selbstbestimmt auf den Weg nach Norden machten. Die Schutzsuchenden, die das Relocation-Programm in Anspruch nahmen, reisten nach einem speziellen Auswahlprozess in der Regel über den Flughafen München Erding ein und wurden entsprechend des Königsteiner Schlüssels auf die Bundesländer und Erstaufnahme-Einrichtungen verteilt, wo sie wie alle anderen Geflüchteten ihr Asylverfahren durchlaufen.

Dieser eingerichtete „Notfallmechanismus“ zeigt jedoch auch: alles ist möglich, wenn entsprechende soziale Realitäten die Herrschenden dazu zwingen! Es waren die Dynamiken des March of Hope und des langen Sommers der Migration vor genau drei Jahren, die die Verantwortlichen in der EU und in den Nationalstaaten so unter Druck setzte, dass im September 2015 „mit heißer Nadel gestrickte“ Verteilungsprogramme auf EU-Ebene beschlossen wurden. Letztlich sind jedoch nahezu zwei Drittel der 160.000 in 2015 beschlossenen Relocation-Plätze verfallen, also von den Nationalstaaten nicht entsprechend der Zusagen umgesetzt worden.

Helene Heuser:

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/01-nvwz-zwei-jahre-eu-umsiedlungsprogramm-erfolgreiches-pilotprojekt-oder-gescheiterter-notfallmechanismus-artikel.html>

Überblicksinformationen:

<https://resettlement.de/relocation/>

<https://www.easo.europa.eu/easo-relocation>

Zahlen bis Juli 2018:

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/press-material/docs/state_of_play_-_relocation_en.pdf

Informationen zum Relocation-Prozess aus Griechenland und Italien nach Deutschland:

<https://resettlement.de/relocation-umverteilung-von-asylsuchenden-aus-griechenland-und-italien-in-andere-eu-staaten/>

Kleine Anfrage aus 2016 zum schleppenden Relocation-Prozess

<https://resettlement.de/wp-content/uploads/Antwort-KA-Umverteilung-1810152-1.pdf>

Warteraum Erding „Camp Shelterschleife“ (zur Zeit leerstehend):

<https://www.merkur.de/lokales/erding/erding-ort28651/ende-eu-fluechtlingsprogramms-warteraum-asyl-im-fliegerhorst-leer-aber-wie-lange-9755771.html>

Relocation 2010-2012

Bereits im Jahr 2010 und 2012 gab es mit EUREMA I und EUREMA II zwei (freiwillige) Relocation-Programme, in denen es um Übernahme von geretteten Geflüchteten aus Malta in andere EU-Länder ging, bei EUREMA II kombiniert mit bilateralen Verträgen zwischen Malta und den Aufnahmestaaten. Die Zahlen sind zwar sehr gering, insgesamt wurden in beiden Programmen nur etwa 600 Personen verteilt, davon kamen etwa 250 nach Deutschland. Im Unterschied zu 2015 (s.o.) hatten die Menschen in Malta schon ein Asylverfahren durchlaufen und ein Auswahlkriterium war dann auch ihr bestehender Flüchtlingsstatus bzw. subsidiärer Schutz. Weitere Kriterien scheinen entsprechend der Resettlement-Verfahren angewendet zu worden zu sein: Sprache, Familie, Qualifizierungen. Aus Einzelfällen wissen wir, dass Schutzsuchende, die nach EUREMA II in Deutschland aufgenommen wurden, sich getäuscht sahen, weil sie erwartet hatten, dass sie ihre Familien nachholen können, was dann aber nicht der Fall war. Interessant wäre herauszufinden, wie insgesamt die Zusammensetzung der nach Deutschland Übernommenen aussah und vor allem, wie sich weitere Erfahrungen aus dem Blickwinkel der „Auserwählten“ darstellen. Daran anschließend ließe sich die Frage stellen, ob in irgendeiner Form an diese Erfahrung angeknüpft werden könnte.

<https://homeaffairs.gov.mt/en/MHAS-Information/EUREMA/Pages/EUREMA-II.aspx>

<http://www.refworld.org/pdfid/52aef8094.pdf>

Sizilien und Malta in 2018/19

In Italien wie auch in Malta haben in den letzten Monaten – jeweils nach absurden und für die Betroffenen sehr dramatischen Verweigerungen bzw. Verzögerung der Anlandungen – mehrmals Schiffe mit Geretteten in Pozzallo bzw. in Valetta angelegt, nachdem es Übernahmezusagen durch verschiedene EU-Regierungen und dabei u.a. auch durch Deutschland gegeben hatte.

Hier wäre spannend zu verstehen, wer das in welchem Namen nach welchen Kommunikationssträngen ausgehandelt hatte und welches weitere Procedere diesen aktuellsten Relocation-Verabredungen folgte bzw. folgt. Offensichtlich handelt es sich um Ad-Hoc-Vereinbarungen, die einerseits die Handlungsunfähigkeiten auf der EU-Ebene zum Ausdruck bringt und zum anderen aber verdeutlicht, dass durch den Druck von unten reagiert werden muss.

Der Vorschlag von Gesine Schwan: „Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung“

Seit 2016 wirbt die bekannte SPD-Politikerin für ihren Vorschlag „einer neuen Flüchtlingspolitik der EU, die den Gemeinden, die ohnehin die Hauptaufgabe der Integration übernehmen, durch zusätzliche Finanzierungen neue Handlungsspielräume eröffnet. Gemeinden, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen und integrieren, sollen nicht nur die bei der Flüchtlingsaufnahme entstehenden Kosten erstattet bekommen, sondern darüber hinaus auch Mittel erhalten, die sie für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur (Schulen, Verwaltung, Gewerbeförderung) verwenden können. Eine derartige Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte der EU zudem einen menschlichen und ökonomischen Vitalitätsschub verschaffen, der in ihrem Interesse liegt. ...“

Hier das Papier vom März 2017: <https://www.governance-platform.org/initiativen/midi/>

Dort ist auch die englische Version vom März 2018 zu finden, die noch etwas weiter ausgearbeitet ist, was das Finanzierungskonzept anbelangt. Über die nicht eingehaltenen Platzzusagen des Relocation Programms aus 2015 versucht sie eine realpolitische Option für ein Pilotprojekt aufzuzeigen und die Idee, nicht nur die Unterbringung und Integration der Geflüchteten zu finanzieren, sondern die doppelte Summe für kommunale Infrastruktur bereitzustellen, erscheint mehr als klug insbesondere in den aktuellen Zeiten. Zudem setzt sie auf die Municipalities als zentrale Akteure und ist auch eine der Wenigen in den Institutionen, die den Interessen der Geflüchteten überhaupt einen Stellenwert einräumt. Insofern lohnt eine genauere Beschäftigung mit diesem Konzept und es stellt sich die Frage, ob und wie weit eine direkte Bezugnahme oder gar punktuelle Kooperation aus dem Netzwerk der Solidarity Cities oder auch der Seebrücken möglich erscheint.

Dabei erscheint weniger ein Hindernis, dass sie lobbyistisch nach Kompromissen mit den Entscheidungsträgern der Nationalstaaten sucht, wohl wissend, dass an der Riege der Innenminister nichts vorbeigeht. Problematischer erscheint, dass sie seit Kurzem mit Gerald Knaus auftritt, dem Mann der sogenannten „Europäischen Stabilitätsinitiative“, der als Architekt des EU-Türkei-Deals angesehen wird. Siehe:

<http://www.esiweb.org/rumeliobserver/2018/06/20/gesine-schwan-und-gerald-knaus-vorschlag-fur-eine-europaische-antwort-auf-die-fluchtlingsfrage-die-sofort-umgesetzt-werden-kann/>

Knaus ist mitverantwortlich für die systematischen Menschenrechtsverletzungen insbesondere auf den Inseln in Griechenland, er muss als Technokrat des Migrationsmanagements bezeichnet werden, auch wenn er sich aktuell - und in Abgrenzung zu den Rechtspopulisten – als Bewahrer des Flüchtlingsschutzes zu verkaufen versucht. Gesine Schwan mag ihn aus strategisch lobbyistischen Gründen mit ins Boot geholt haben. Es muss abgewartet werden, welchen Einfluss dieser Mann auf das Projekt hat und es sich – wenn es denn überhaupt in Gang käme –, dadurch von den Interessen der Betroffenen weg in Richtung Migrationsmanagement verschiebt.

Netzwerk Städte der Zuflucht

Im Sommer 2016 gründeten sich in Deutschland einige lokale Gruppen, die eine Umsiedlung aus Griechenland direkt in ihre Kommunen vorschlugen. Den Anfang machte die Stadt Osnabrück mit der Kampagne „50ausldomeni“, siehe <https://50ausldomeni.de>. 90 Initiativen von rund einem Dutzend weiterer Kommunen folgten. Sie haben viele Anstrengungen unternommen, ein Relocation from below ganz konkret in Deutschland anzustoßen. Sie haben viele Erfahrungen gemacht (Gespräche mit Lokalpolitikern, Anschreiben von Landes- und Bundespolitik, Kontakte zu Griechischen Hotspots), an die unbedingt angeknüpft werden sollte. Sie wurden teilweise von den Stadtregierungen unterstützt, doch ihnen wurden politisch Steine in den Weg gelegt. Teilweise sind sie im Solidarity City Netzwerk aktiv und jetzt auch mit Seebrücke verknüpft. Sie haben sich letztes Jahr bei einem Vernetzungstreffen den Namen "Bundesweites Netzwerk Städte der Zuflucht" gegeben.

Weiterlesen

Dossier erschienen:

Kommunale Spielräume zur Förderung legaler Zufluchtswege

Einige deutsche Städte und Gemeinden wollen freiwillig Schutzsuchende aus dem Ausland aufnehmen. Flüchtlingspolitische Entscheidungen werden jedoch in der Regel auf Bundesebene getroffen. Welche Spielräume bleiben da für Kommunen?

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/283140/kommunale-spielraeume-zur-foerderung-legaler-zufluchtswege>

Einen ersten Überblick zum Konzept „Städte der Zuflucht“, in dem auch weitere Initiativen/Organisationen/Rechtsgrundlagen genannt werden, veröffentlichte Helene Heuser hier:

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/00-fluechtlingsforschungsblog-staedte-der-zuflucht-artikel.html>

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/23-sanctuary-cities-sind-in-deutschland-nicht-utopisch.html>

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht/aktuelles/28-die-utopische-kraft-der-staedte.html>

Weitere Aktivitäten des Forschungsprojekts von Helene Heuser können hier verfolgt werden:

<https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/juniorprofessuren/markard/forschungsprojekt-staedte-der-zuflucht.html>